

Vorwärts

SW

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Zurück zur Zigarrenkiste.

Die reaktionäre Wahlparole zum Volksentscheid.

Die Terrorparole der Stimmenthaltung beim Volksentscheid kommt ihren Urhebern wahrscheinlich sehr originell und genial vor. Sie beabsichtigen dadurch, daß sie ihre Anhänger auffordern, der Wahl fernzubleiben, jeden, der das Abstimmungs-votum beiträgt, als „Dieb und Räuber“ zu kennzeichnen oder, wie das offen ausgesprochen ist, ihn „als Sozialdemokraten und Kommunisten zu brandmarken“.

Nun ist dieses Verfahren zwar heute belanglos, denn es gibt in Deutschland nicht mehr jene Zustände, wie sie einst zur Zeit der Herrschaft der Nationalliberalen und Konservativen

vorhanden waren. Die ungeheure Beteiligung an der Einzeichnung zum Volksbegehren hat gezeigt, daß die Furcht vor der Schreckensherrschaft konservativer und nationalliberaler Unternehmer in erheblichem Maße geschwunden ist. Das ist ein Zeichen von der völligen Umstellung im politischen Denken des Volkes. Die Republik hat auch hier eine sehr erfreuliche Erziehungsrbeit vollbracht, und die Sozialdemokratische Partei kann stolz darauf sein, daß sie das

Selbstbewußtsein der arbeitenden Massen

ebenso gestärkt hat wie ihr politisches Verantwortungsgefühl. Rechtsbestimmungen bleibt die Parole der Stimmenthaltung ein nichtsbrauchiger Versuch, die Öffentlichkeit der Wahl wieder einzuführen, wie sie früher in ganz Deutschland gang und gäbe war und den konservativen und liberalen Scharführern ihre Vorherrschaft sicherte. Nicht nur in Preußen mit seinem öffentlichen Dreiklassenwahlrecht, sondern auch im Reich mit seiner Stimmzettelswahl war die Öffentlichkeit der Stimmabgabe die Regel, solange nicht der gestempelte Umschlag und die Wahlzettel eingeführt waren. Die Akten des Reichstags über die Wahlproteste enthalten so viele Einzelheiten schamloser Gewalttätigkeiten, daß es wert wäre, aus diesem Schatz einiges wieder auszugraben zur Beleuchtung der volksparteilichen und deutschnationalen Abstimmungsparolen von heute.

Das alte Reichstagswahlgesetz enthielt zwar die Vorschrift, daß die Abstimmung durch Stimmzettel erfolge, aber die Lieferung der Stimmzettel war jeder Partei überlassen, so daß

Schon durch die Größe und die Papierstärke des Zettels die einzelne Partei gekennzeichnet

war. Die Wahlvorsteher in kleinen Orten, besonders auf dem Lande, pflegten denn auch von der Kenntnis, die ihnen der Anblick des Stimmzettels verschaffte, nachträglich entsprechenden Gebrauch zu machen, ganz abgesehen davon, daß auch die Beobachter der Konservativen und Nationalliberalen schon an der Färbung und am Format des abgegebenen Zettels beim Wähler feststellen konnten, welcher Partei er seine Stimme gegeben habe.

Gegen den Unfug, der mit dieser sogenannten „geheimen Wahl“, die in Wirklichkeit eine öffentliche war, getrieben wurde, hat die sozialdemokratische Vertretung im alten Reichstag immer wieder angekämpft. Lange Zeit vergeblich. So lag schon 1877 ein Antrag unseres alten Wilhelm Liebknecht dem Reichstag vor, der

das Wahlgeheimnis sichern

wollte, 1878 folgte ein gleicher Antrag Blas-Rost und so fast jedes Jahr ein neuer. Reist blieben die Anträge ganz liegen, ohne erörtert zu werden. Später gelang es zwar, sie gelegentlich zur Besprechung zu bringen, aber sie wurden von der konservativen nationalliberalen Mehrheit des Reichstags regelmäßig abgelehnt. Während des Sozialistengesetzes wurden

sogar sozialdemokratische Stimmzettel, die nur den Namen des Kandidaten enthielten, als „verbotene sozialistische Schriften“ konfisziert

und das gefügige Reichsgericht erklärte diese Konfiskation auf Grund des Sozialistengesetzes für zu Recht bestehend. Erst ein Beschluß des Reichstags, dem der Bundesrat im Jahre 1884 zustimmte, nahm die Stimmzettel von der Liste „sozialdemokratischer Schriften“ aus.

Das Wahlgeheimnis war in keiner Weise gesichert, solange die Stimmzettel zwar zusammengefaßt, aber ohne Umschlag abgegeben werden mußten. Um aber auch den letzten Rest von Wahlgeheimnis zu beseitigen, versuchten die junkerlichen Wahlvorsteher auf immer neue Tricks. Da nicht eine bestimmte Wahlurne vorgezeichnet war, so stand es in ihrem Belieben, welches Gefäß sie zu diesem Zwecke benutzen wollten.

Zigarrenkisten und Suppenterrinen

waren die bestbesten. In sie konnten die abgegebenen Stimmzettel schon sorgsam der Reihe nach gelegt oder aufgeschichtet werden, so daß man am Schluß des Wahlakts auf Grund der Reihenfolge der Abstimmenden genau feststellen konnte, ob der einzelne oppositionell oder für die herrschende konservative Partei gestimmt hatte. Die Wirkung auf die abhängigen Wähler besonders auf dem Lande und in Kleinstädten kann man sich denken!

Wehrlos hat der Reichstag in den neunziger Jahren, nachdem sich der konservative Terror auch gegen die Liberalen und das Zentrum richtete, in Einschließungen die Regierung aufgefordert, das Wahlgeheimnis zu sichern. Endlich entschloß sich diese dazu, vor der Wahl von 1903 die

Einführung der amtlichen Wahlumschläge und der Wahlzellen

anzuwenden. Die Ankündigung dieser Erweiterung des Wahlreglements durch den Reichsanwalt Bülow erregte jedoch den heftigsten

Zorn aller Reaktionäre. Die parteiamtliche konservative Korrespondenz äußerte sich darüber im Jahre 1903:

„Die Wahrung des Wahlgeheimnisses“ durch amtliche Umschläge und Dunkelkammern ist bisher von der Rechten immer nur von der humoristischen Seite betrachtet worden. Man wird zugeben müssen, daß die Gewährung dieses überflüssigen Verlangens gerade im jetzigen Augenblick der Komit nicht entbehrt.“

Und die „Kreuzzeitung“, die auch heute wieder an der Spitze der Wahlterroristen marschiert, erklärte das Vorgehen des Reichsanwalts für sehr „bedauerlich“, während der „Reichsbote“ verlangte, daß, wenn schon eine Änderung des Wahlgesetzes in Betracht käme, zunächst das

Wahlalter vom 25. auf das 30. Lebensjahr hinaufgesetzt

werden müßte. Die Konservativen erfinden für die Isolierzelle das schöne Wort vom „Wahllosetz“ und bezeichnen den ganzen Änderungsentwurf als das „Klosetzgesetz“.

Die Wut der Konservativen und Nationalliberalen über die größere Sicherung des Wahlgeheimnisses war begreiflich. Denn als sich erst die Wähler daran gewöhnt hatten, daß sie wirklich un beobachtet ihre Stimme abgeben konnten, und besonders als in einer späteren Verfügung auch

die Suppenterrinenwirtschaft abgeschafft

und einheitliche Wahlurnen von bestimmter Größe vorgeschrieben waren, ging der Einfluß der Reaktionäre dauernd zurück.

Um so lebhafter klammerien sie sich dann an das preußische Dreiklassenwahlrecht, das Ideal aller derer, die die breiten Massen des Volkes von der Mitbestimmung im Staat ausschalten wollen. Hier konnte der Terror sich noch frei entfalten. Die verschwindend geringe Beteiligung der Wähler an den preußischen Wahlen sicherte den Konservativen ihre absolute Vorherrschaft. Deswegen hielten die Junker auch bis zur Revolution an diesem Privilegium-Wahlrecht fest und keine vaterländische Ermüdung, die ihnen Reichmann nahelegte, konnte sie veranlassen, ihren Standpunkt zu ändern. Der Intrigant Lobeck, der als Minister des Innern den Ministerpräsidenten Reichmann zu vertreten hatte, spielte ihnen dabei in die Hände. Jetzt möchten sie das

demokratische Stimmrecht in der Republik

aushöhlen durch ihre Enthaltungspareole beim Volksentscheid. Sie möchten wieder einmal ihre alte Herrschaft aufleben lassen und dort, wo ihr wirtschaftlicher Einfluß stark genug ist, die abhängigen Wähler einschüchtern und vom Stimmrecht verdrängen. Würden die Wähler darauf hineinfallen, so werden sie später erklären daß das Fernbleiben großer Wählermassen Zustimmung zum Fürstenraub am Volke bedeute. Sie werden sich aber täuschen. Die Wähler von 1926 sind nicht mehr die von 1900! Krieg, Revolution und republikanische Erfahrung haben das alte Untertanenbewußtsein beseitigt. Nur Feiglinge bleiben zu Hause! Die anderen aber gehen am Sonntag zur Abstimmung und sorgen dafür, daß auch die Schwächenden und Unentschlossenen mitkommen, um ihre Stimmen abzugeben für die entschuldigungslose Enteignung der Fürsten. Die Abstimmung ist geheim, trotz aller Machinationen der Reaktionäre. Deshalb:

Das Kreuz in den Ja-Kreis!

Neuer Putsch in Portugal.

General Gomez de Costa setzt Major Cabecadas ab.

Portugal hatte schon lange keinen Putsch gehabt. Der letzte war nämlich vor knapp drei Wochen erfolgt. Aber der Leiter der neuen Regierung, Major Cabecadas, ist gestern durch die in Lissabon einrückenden Truppen des Generals Gomez de Costa gezwungen worden, abzutreten. Der General erklärt seine Bewegung für „rein republikanisch“. Das hatte auch sein Vorgänger behauptet — und das wird wohl auch sein Nachfolger tun. In Wirklichkeit handelt es sich um die Rivalität zwischen militaristischen Cliquen, die mit Republik nichts zu schaffen haben.

Reaktionäre Moral.



Wenn dich die Fürsten ausplündern, so tun sie es nur um der Gerechtigkeit willen —



— und läßt du dir das nicht gefallen, so bist du ein Räuber und ein Dieb.

Deutsche Denker über die Fürsten.

Den Intellektuellen ins Stammbuch.

Von Max Adler-Wien.

Es wird für immer ein Brandmal ärgster Schande für große Teile der Intellektuellen bleiben, daß sie sich in den historischen Tagen des Volksentscheids, da die Geschichte das deutsche Volk dazu berief, sein Bestreben um einen entscheidenden Schritt weiterzuführen, sich von der Sache des Volkes getrennt und sich zu den traurigsten Fürstentümern gemacht haben. Und dieses klägliche Schauspiel ist um so jammervoller und empörender, als es gerade diejenigen Schichten sind, deren Mund fortwährend von dem Bekenntnis zum Deutschtum, zur deutschen Volksfrage und zum deutschen Idealismus überfließt. Aber niemals ist es deutlicher geworden als in diesen Tagen, daß dieses Prunk mit nationalen Ideen und Gefühlen nichts anderes als ein Phrasenschwall ist, der eine im Grunde volksfeindliche junkerliche herrschsüchtige Stellungnahme verhüllen soll, die auch nicht im geringsten vom Atem deutscher Kultur und deutscher Geistesart angehaucht ist. Das zeigt sich schon in der völligen Unkenntnis der eigenen deutschen Geistesgeschichte, die ihnen sonst die Schamesröte ins Gesicht treiben müßte über den Verrat, den ihr verächtliches Eintreten für die Fürsten, d. h. für die historischen Mißhändler ihres eigenen Volkes bedeutet. Wer nicht nur mit Deutschtum und deutscher Kultur bloß prahlt, um seine eigene Unkultur zu decken, sondern die mühe- und opfervolle Entwicklung ihrer Geschichte kennt, der müßte wissen, daß die glanzvolle klassische Zeit der Dichter und Denker, der Sturm und Drang der Freiheitskriege, das mutige und unerschrockene Eintreten der alten deutschen Burschenschaft für Freiheit und Gleichheit in der vormärzlichen Zeit und die großen Freiheitsstürme des Jahres 1848, — kurz, daß alle geistige und politische Vorwärtseentwicklung sich stets nur gegen den brutalen Widerstand und gegen die rückwärtslose Verfolgung seitens der deutschen Fürsten hat durchsetzen können.

Noch das Mindeste, was diese Fürsten dem idealen Streben und hohen Flug des deutschen Geistes antun konnten, war ihre völlige Gleichgültigkeit und Berstandnislosigkeit für seine Werte. Bekannt ist die Klage Schillers, in der er die ganze innere Beziehungslosigkeit des „großen“ Hohenzollern Friedrich II. zum klassischen deutschen Zeitalter darlegte. Und so wie Schiller haben auch die anderen großen geistigen Führer dieser Zeit über ihre Fürsten geurteilt. Wollen wir einige dieser Stimmen der Vergangenheit wieder zu Gehör bringen: vielleicht sind sie geeignet, auch heute noch manche bessere Erkenntnis in gedankenlosen und von Phrasenschwall umnebelten Gehirnen hervorzurufen.

So schrieb Immanuel Kant, dem „sein“ König Friedrich Wilhelm III. den Mund verbieten wollte, in seiner Pädagogik: „Die Fürsten betrachten ihre Untertanen nur wie Instrumente zu ihren Absichten... Sieht hier und wieder doch noch mancher Große sein Volk gleichsam nur für einen Teil des Naturreiches an und richtet also auch nur-darauf sein Augenmerk, daß es fortgepflanzt werde. Höchstens verlangt man dann auch Geschicklichkeit, aber bloß, um die Untertanen dann noch besser für seine Absichten gebrauchen zu können.“ Und an einer anderen Stelle spricht er von der Verantwortungslosigkeit der Fürsten in einem Staate nach ihrem Sinne, d. h. ohne Verfassung, wo das Regieren und Kriegsführen „die unbedenklichste Sache von der Welt ist, weil das Oberhaupt nicht Staatsgenosse, sondern Staatseigentümer ist, an seinen Tafeln, Jagden, Lustschlössern, Hoffesten u. dgl. durch den Krieg nicht das mindeste einbringt; bieten also wie eine Art Lustpartie aus unbedeutenden Ursachen beschließen und der Anständigkeit wegen dem dazu allezeit bereiten diplomatischen Korps die Rechtfertigung deselben gleichgültig überlassen kann.“

In der tiefbewegten Zeit der deutschen Freiheitskriege, als das deutsche Volk sich in den Kampf gegen Napoleon stürzte, nicht, um die Landesväter zu befreien, sondern nach dem Sturz der Fremdherrschaft bei sich die eigene Verfassungsfreiheit aufzurichten, welche die Fürsten ihnen feierlich versprochen hatten, um dann nach dem Siege ihr Wort schmachlich zu brechen, — damals schrieb Johann Gottlieb Fichte in ahnender Voraussicht dieses treulosen Wortbruchs der Fürsten die folgenden Worte: „Wenn wir nicht im Auge behielten, was Deutschland zu werden hat, so läge an sich nicht so viel daran, ob ein französischer Marschall wie Bernadotte, an dem wenigstens früher begeisterte Bilder der Freiheit vorübergezogen sind oder ein deutscher aufgeblasener Edelmann ohne Sitten und mit Rohheit und frechem Uebermut über einen Teil von Deutschland gebiete.“ Was aber Deutschland werden soll, das sagt Fichte im selben Zusammenhange, nämlich „ein wahrhaftes Reich des Rechtes, wie es noch nie in der Welt erschienen ist, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschenanlich trägt.“ So hatte also Fichte, der mit Recht als einer der gewaltigsten Verkünder deutschen Wesens verehrt wird, doch so wenig für die deutschen Fürsten übrig, daß ihm sogar die französische Fremdherrschaft erträglicher schien, weil sie doch die Herrschaft von Menschen war, die durch die französische Revolution hindurchgegangen waren und aus ihr den Sinn für Freiheit und Volksrecht in sich bewahrt hatten, als die Herrschaft der angestammten Fürsten, die in ihrer Gesamtheit eine gänzlich von dem Glanzhauch der Revolution unberührt und unberührbare Menschengegattung darstellten. Und ganz im selben Sinne spricht Fichte mitten in der nationalen Begeisterung des Jahres 1813 in seiner

berühmten Rede „Ueber den wahrhaften Krieg“ in den Tönen des tiefsten Misstrauens gegen die deutschen Fürsten. Er preist sie, wenn sie wirklich ihre Völker im Namen der Freiheit aufrufen; aber er ermahnt zugleich die Völker, selbst die Sache der Freiheit in ihre eigene Hand zu nehmen und, wenn die Fürsten ihr Gebete von der Begründung der Freiheit und des Rechtes ihrer Bürger nicht Ernst meinen sollten, es doch für Ernst zu nehmen und zu machen, daß es Ernst wird. Und er fährt fort: „Wenn sich nun hinterher doch zeigte, daß es nicht Ernst gewesen wäre, wenn nach Errettung im Kampfe abermals die Selbständigkeit der Nation dem Vorteile der Herrscherfamilie aufgeopfert würde, wenn sich zeigte, daß der Herrscher zwar wollte, daß für seine Herrschaft das edelste Blut seines Volkes flösse, er dagegen für die Selbständigkeit desselben seine Herrschaft nicht wagen wollte: so könnte unter einem solchen der Vernünftige nicht bleiben.“ Was aber soll man von der Vernunft und Sittlichkeit jener traurigen, sich als echte Deutsche brüstenden Gesellen sagen, die durchaus unter solche Fürsten zurückzukehren, denen Fichte in seiner Rede den Stempel des Verrates und der Verworfenheit im vorhinein aufprägte, wenn sie ihr feierliches Freiheitsversprechen brechen würden. Wie prophetisch die Worte Fichtes waren, haben die Jahrzehnte nach dem Freiheitskrieg nur zu schrecklich erwiesen, welche den deutschen Völkern statt der ersehnten Freiheit das auf das Jarentum sich stützende Gewaltregiment der heiligen Allianz gebracht hat.

Und hören wir schließlich aus dem „Kurzen Katechismus für deutsche Soldaten“ von Ernst Moritz Arndt noch die folgende eindrucksvolle Stelle: „Wenn ein Fürst anders tut, als wofür ihn Gott eingesetzt hat, und nicht fürstlich regiert nach dem Ebenbilde Gottes, so muß der Soldat und Christ Gott mehr gehorchen, als dem Menschen. Denn, wenn ein Fürst seinen Soldaten befiehlt, Gewalt zu üben gegen die Unschuld und das Recht; wenn er sie gebrauchte, das Glück und die Freiheit ihrer Mitbürger zu zerstören; wenn er sie den Feinden des Vaterlandes zu Hilfe schickte; wenn er durch sie seine eigenen Landesleute plündern, verheeren, bekämpfen ließe, müßten sie nimmer gehorchen, was wider das Gebot Gottes und das ebenso heilige Gebot streitet, das Gott in unser Gewissen gepflanzt hat. Denn auch ein König und Fürst darf nimmer tun noch befehlen, was in aller Ewigkeit unrecht bleibt.“ Wenn Arndt derart von Schandtat und Treulosigkeiten der Fürsten spricht, die sie unwürdig ihres Amtes machen, so hat er damit nicht etwa eine ganz allgemeine moralische Predigt halten wollen, sondern als politischer Führer, der er war, und aus unmittelbar politischen Zwecken, für die er den Katechismus geschrieben hat, nur eine Aufzählung der wirklichen Schandtat der deutschen Fürsten gegeben, gegen die er die moralische Entrüstung und politische Abwehr hervorgerufen wollte. Man denke nur an den Menschenhandel deutscher Landesfürsten, die ihre Landeskinde als Soldaten nach Amerika veräußerten, an den nationalen Verrat der Rheinbundfürsten, die ihre Untertanen mit Napoleon gegen ihre deutschen Brüder zu kämpfen zwangen. Und noch ist unvergessen jenes furchtbare Wort des großenwahnsinnigen letzten deutschen Kaisers, der seinen Soldaten sagte, daß sie bedenkenlos auf Vater und Mutter schießen müßten, wenn er es befähle.

Noch viele andere scharfe Worte des Jarnes und der Entrüstung über die Unwürdigkeit der deutschen Fürsten, und gerade in großer Zeit, stehen sich häufen, wenn der Raum es gestattet auch die Stimmen der großen preussischen Wieder- aufbauer des Staates, eines Freiherrn v. Stein, eines Wilhelm v. Humboldt, eines Gneist und Scharnhorst anzuführen. Aber es genügt dieser Hinweis um zu zeigen, daß es der ganzen Richtigkeit und Erbarmlichkeit einer Besinnung bedarf, die von der geschichtlichen Not des eigenen Volkes nichts weiß um für die Interessen der Fürsten einzutreten. Und nur so ist das sonst unbegreifliche Schauspiel zu erklären, wenn es Gebildete gibt, die sich nicht mit der sittlichen Kraft eines Kant und mit der nationalen Begeisterung eines

Fichte in den Dienst der großen Volkssache stellen. Wer wirklich den Geist der großen Deutschen in sich lebendig fühlt, der wird am Tage des Volkentscheides wahr machen, was Schillers Idealgestalt eines Marquis Posa verkündet: „Ich kann nicht Fürstendiener sein!“

Nach Marx — Kütz. Er hofft auf den Reichstag.

Der Reichsminister des Innern, Dr. Kütz, gewährte einem Vertreter des VLB. eine Unterredung über seine Stellungnahme zu dem Volkentscheid über die entschädigungslose Enteignung der Fürstendhäuser, in der er unter anderem folgende Fragen beantwortete:

Frage: Halten Sie eine gesetzliche Regelung der Auseinandersetzung zwischen den Bändern und den ehemaligen Fürstendhäusern durch Volkentscheidsgesetz oder durch ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz für notwendig?

Antwort: In den meisten deutschen Ländern ist eine befriedigende Auseinandersetzung bereits erfolgt, nur in Preußen, in Gotha und zum Teil in Mecklenburg-Strelitz steht eine solche noch aus. Im Hinblick auf diese noch ausstehenden Fälle hat sich allerdings die Schaffung reichsgesetzlicher Grundlagen als eine unbedingte Notwendigkeit erwiesen. Das von der Reichsregierung zu diesem Zweck eingebrachte Gesetz ist vom Reichsrat mit großer Mehrheit bereits angenommen worden; es ist auch von der preussischen Regierung, in der bekanntlich die Sozialdemokratie stark vertreten ist, gut geheißen worden, und die Reichsregierung wird, wie sie wiederholt erklärt hat, auf Annahme dieses Gesetzes auch im Reichstag dringen. Wenn also der Volkentscheid negativ ausfällt, ist eine gesetzliche Regelung durch den Reichstag zu erwarten. Zu einem Volkentscheid, sei es durch Neuwahlen, sei es durch Abstimmung über ein Gesetz, sollte man nach meiner Auffassung nur schreiten, wenn sich die Unmöglichkeit ergibt, im Reichstag als der gesetzlichen Volksvertretung zum Ziele zu kommen, um dem Volke so lange als Volksovertretung, zum Ziele zu kommen, um dem Volke so lange als ersparen, die gerade mit einem solchen Volkentscheid verbunden sind.

Frage: Worin bestehen Ihre hauptsächlichsten Bedenken gegen die entschädigungslose Enteignung?

Antwort: Die entschädigungslose Enteignung, wie sie der Volkentscheid erstrebt, geht weiter als das, was die Nachhaber der Revolution und die Reichsregierung vor Erlaß der Verfassung als zulässig erklärt haben. Es ist wiederholt auch von sozialdemokratischer und demokratischer Seite aus in der Revolutionszeit mit allem Nachdruck betont worden, daß eine Konfiskation des Vermögens der Fürsten unzulässig sei.

Nachdem wir aber seit acht Jahren die Revolution hinter uns haben, und nachdem inzwischen in den meisten Staaten die Auseinandersetzung mit den Fürsten durch die Volksovertretungen geregelt ist, geht es nicht an, sich zu einer Maßnahme zu entschließen, die ihrem Charakter nach revolutionär ist, gerade weil ich jetzt auf dem Boden der demokratischen Republik stehe, bedauere ich diesen Volkentscheid ausrichtig, denn ich wünsche, daß der heutige Staat nicht nur machtpolitisch befestigt dasteht, sondern daß er moralische Eroberungen bei allen denen macht, die ihm innerlich noch fernstehen. Mit derartigen Maßnahmen erreicht man das Gegenteil von moralischen Eroberungen. Ich halte die entschädigungslos ausgesprochene entschädigungslose Enteignung aber auch für eine grobe Ungerechtigkeit aus Gründen, die in der Öffentlichkeit meines Wissens noch nicht dargelegt worden sind. Manche Fürsten haben aus den Steuern ihres Landes Zivillisten bekommen und haben dadurch die Möglichkeit gehabt, ihren Besitz zu vergrößern, andere Fürsten aber haben für Kunst und Wissenschaft, für Kultur und Wohlfahrt zwecke mehr Mittel aufgewendet, als ihnen aus der Zivilliste zufließt und selbst aus ihrer Privatschatulle zur Bestreitung der normalen Staatsausgaben ganz erhebliche Zuschüsse gegeben. Wenn man dies würdigt, so ist es mit den Grundbesitzern der Gerechtigkeit unvereinbar, alle Fürsten ohne Entschädigung zu enteignen.

Herr Kütz spielt mit Begriffen, wenn er den Volkentscheid einen „revolutionären“ Akt nennt und wenn er im Zusammenhang mit ihm von Putsch und Umsturz redet. Der Volkentscheid ist das gerade Gegenteil von Putsch und Umsturz, er ist ein streng verfassungsmäßiger Akt. Daß dieser verfassungsmäßige Akt eine Auswirkung der Revolution von 1918, also in diesem Sinn auch „revolutionär“ ist, kann gern zugestanden werden. Herr Kütz täuscht sich aber auch, wenn er glaubt, durch solche Klugrederei auf die Massen des Volkes auch nur den geringsten Eindruck machen zu können. Die Bewegung für den Volkentscheid ist eine Rebellion gegen jahrhundertlang ertragenes Unrecht, sie kommt aus dem tiefsten Volksempfinden. Ueber erflügelte Argumente geht sie hinweg.

Gegen die Zentrumspartei!

Die Kölner katholischen Gesellen für Volkentscheid.

Köln, den 18. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In Köln fand am Donnerstagabend eine sehr stark besuchte Versammlung des „Katholischen Gesellenvereins“ statt, in der ein Redakteur des Kölner Zentrumsblasses die Parole der Zentrumspartei und die Haltung der Bischöfe verteidigen sollte. Der Redner konnte mit seinen Ausführungen nicht beginnen, weil die Versammlung ihn nicht sprechen ließ. Als der Redner versuchte, der Versammlung klar zu machen, daß er schon deshalb sprechen müsse, um die Gefahren, die bei der Annahme des Volkentscheides drohen, aufzuzeigen — wobei er auf einen Rücktritt Hindenburgs und des Reichszanzlers abzielte —, scholl es ihm entgegen:

„Dann mögen sie gehen, wir halten weder Hindenburg noch Marx!“

Anhänger der Parole der Zentrumspartei kamen nicht zu Wort; alle Redner forderten nachdrücklich Unterstützung des Enteignungsantrages.

Gleichzeitig fand am Donnerstagabend eine große Versammlung der Kölner städtischen Arbeiter statt, in der ein christlicher Arbeitersekretär ebenfalls unter tosendem Beifall erklärte, die christliche Arbeiterschaft Kölns

lehre sich nicht an die Meinung der Bischöfe und der Zentrumsparteileitung,

sondern sie wird am Sonntag mitheßen, den Fürsten wieder abzunehmen, was ihnen von rechtswegen nicht gehört.

Aus christlichen Gewerkschaftskreisen in Köln erfahren wir, daß infolge der Haltung der Zentrumspartei eine Reihe langjähriger Funktionäre und Vertrauensleute der Parteileitung ihre Posten zur Verfügung gestellt und zur „Christlich-Sozialen Reichspartei“ und zur „Christlichen Sozialen Reichspartei“ übergetreten sind.

Auch aus den Landorten des Kölner Bezirks kommen täglich Nachrichten, die von Opposition im Zentrumslager berichten.

Selbst der katholische Klerus steht nicht uneingeschränkt auf dem Boden der Beschlüsse der Zentrumsparteileitung,

wie das Verhalten vieler Geistlicher anlässlich der Verlesung des bischöflichen Hirtenbriefes zeigt. In einer Anzahl von Orten, die wir hier aus bestimmten Gründen nicht nennen wollen, haben am Sonntag, so wird uns berichtet, katholische Geistliche, die den Hirtenbrief von der Kanzel zu verlesen hatten, sich plötzlich krank gemeldet oder sie ließen sich in letzter Stunde beurlauben. Unter der katholischen Landbevölkerung ist die Propaganda für den Volkentscheid in den letzten Tagen besonders stark angewachsen. Das Flugblatt des Reichsausschusses der katholischen Jugend, das die Katholiken auffordert, mit Ja zu stimmen, wird in den rheinischen Landorten in größter Auflage verteilt, so daß man den Eindruck gewinnen muß, daß hier eine zielbewußt arbeitende große Organisation auf der katholischen Seite am Werk ist, die mit Entschiedenheit auf den Sieg des Volkentscheides hinarbeitet.

Bis zur letzten Minute.

Von Ruth von Büren-Braunschweig.

Also tatsächlich, man soll's nicht für möglich halten! Nur noch zwei Tage bis zur wichtigsten Entscheidung, und doch laufen noch dutzendweise die ahnungslosen Engel herum, die sich weder über den Zeitpunkt noch über die eigene Einstellung im Klaren sind. Dabei sind doch die Zeitungen voll davon, aber es gibt eben Menschen, für die existieren nur der Courtier-Malerische Roman, die Familiennachrichten und dann noch, was an Nord und Lothring unter „Vermischtes“ steht. Dann ist aber auch Schluss.

Diese Waisentöchter gilt es in letzter Stunde zu gewinnen, und sie finden sich durchaus nicht nur im weiblichen Geschlecht, für das die Staatsbürgerpflichten noch etwas verhältnismäßig Neues sind. Daß die Besetzer dieser Zeitung alles wissen, was sie am kommenden Sonntag tun werden, darüber besteht natürlich nicht der geringste Zweifel. Aber Frau Rottebohm z. B. Ich habe sie gern! Sie ist eine hübschere Frau und, obgleich ich ihr Heim noch nie betrat — wir treffen uns gelegentlich am dritten Orte —, so lege ich doch meine Hände dafür ins Feuer, daß auch dort alles blüht und blüht; auch tobt sie sicher vorzüglich, und ich weiß, im Einmachen kommt ihr so leicht keine zuvor. Damit glaubt sie aber ihren Pflichtenkreis erfüllt, und sie läßt im übrigen den lieben Gott einen guten Mann sein. Vorher Sonntag sprach ich sie. Sie meinte, der morgige Sonntag sei schon der wichtige Tag, und ob man wohl hingehen sollte. Es gälte doch eigentlich nicht für anständig, und wer sonst rechts wählte, könnte sich doch da eigentlich nicht gut lassen. Ich fragte sie, ob sie mit Begeisterung Steuern zahlte, worauf sie mich nicht gerade sehr geistvoll anah und nicht wußte, worauf ich hinaus wollte. „Frau Rottebohm“, sagte ich, „woher, meinen Sie, sollen die Milliardenwerte kommen, um die es sich hier handelt; da müssen doch die Steuern ganz erheblich erhöht werden.“ Da haite sie aber doch mal in ihr Leib- und Magenblatt geschaut und wußte mich triumphierend zu beschauen, daß überhaupt nur 9 Pfennige pro Jahr auf den Kopf der Bevölkerung kämen. Ich dachte: „Das Papier ist geduldig“, laut sagte ich das aber nicht, denn Frau Rottebohm weiß, daß ich selber für Zeitungen schreibe, wenn auch nicht für solche, die sie liest. „So schnell kann ich das nicht ohne Rechenfehler nachrechnen; aber nehmen wir mal an, es stimmte wirklich, haben sie schon einmal gehört, daß die Säuglinge Steuern bezahlen? Selbstverständlich ist hier jedes Kind, jede Ehefrau mitgerechnet, für die keine Steuerpflicht besteht; es ist aber auch weiter die große Schar der Arbeitslosen und ihre Familien mitgerechnet, die keine Steuern bezahlen, sowie diejenigen, deren Einkommen unter der Steuergrenze bleibt. Für den verhältnismäßig kleinen Teil des deutschen Volkes, der also noch übrig bleibt, verwickeln sich diese 9 Pfennig noch ganz gehörig! Ihr Mann hat ein ganz hübsches Einkommen, nicht wahr, Frau Rottebohm?“

Die Angeredete machte große Augen, sah sie aber und warf ein, daß man doch niemanden sein Eigentum wegnehmen dürfte. „Richtig, Frau Rottebohm, verständiger wir uns nur über den Begriff „Eigentum“. Ich verstehe darunter dasjenige, was einer durch rechtliche Arbeit erworben hat und das, was er von seinen Vorfahren, die es auf gleiche Weise erworben, ererbte, nach Abzug einer reich-

lichen Erbschaftsteuer. Sie hatten z. B. auf diese Weise bis zum Kriege ein hübsches, kleines Vermögen; wo ist es heute? Mein Gegenüber gab mir zu, daß es durch die Inflationzeit und die Markschiffung zu nichts zusammengekommen sei.

„Na, leben Sie, da brauchen Sie ja nicht mehr zu fürchten, daß man nach der Fürstenteignung auch zu der übrigen schreiten würde, da man damit bereits vorangeht, nicht ohne Verschulden jener Fürsten, die Sie so liebevoll schonen möchten, obgleich noch keiner von ihnen verhungert oder durch Selbstmord endigte, wie zahllose enteignete Rentner. Aber vergessen wir das sogenannte Eigentum der Fürsten nicht. Erwerben die es auch so, wie Sie und Ihre Vorfahren, oder war's nicht bestenfalls so wie Schiller sagt:

„Der König sperrt die Brücken und die Strafen
Und spricht, der Dritte ist mein.“

Das heißt, er ließ sie natürlich sperren, sah aber selber zu Hause und lebte sich einen guten Tag. Er hatte aber noch andere Erwerbsmöglichkeiten, z. B. machte er aus Staatsgut durch einen einzigen Federstrich Krongut oder er führte Kriege zur Wehrung seiner Macht, wofür die lieben Landeskinde ihr Blut vergießen durften.

„Wenn die Rögige um Länder spielen, so sind die Untertanen die Rechenpfennige, womit sie zahlen.“

So ähnlich drückte das Friedrich der Große einmal aus. Nicht wahr, Frau Rottebohm, was nennen wir doch nicht „ehlich erworbenes Eigentum“. Und warum sollen die Fürsten nicht gerade so gut arbeiten wie Ihr Mann oder wie ich, wo sie doch 1918 sehr froh waren, daß sie mit heller Haut davon kamen und zum Teil sogar mit Bonne auf alle ihre Vorrechte formell verzichteten.“

Nun war sie tatsächlich überzeugt, und versicherte, sie würde ganz bestimmt mit „Ja“ stimmen und ihr Mann würde es auch tun, und was die Rüllern und die Gebensleben dazu sagen würden, das sei ihr nun auch ganz egal. Ich sagte, ob sie denn nicht vielleicht die Rüllern und die Gebensleben auch überzeugen könnte, denn beim Volksbegehren seien 12 Millionen Stimmen abgegeben worden, und jetzt brauchte es deren 20 Millionen. Da wurde sie wieder ganz zögerlich und meinte, daß 8 Millionen doch eine ganze Masse Menschen seien!

Recht hat sie, aber ich meine, daß wenn jeder von den 12 Millionen nur noch Fünfen an die Urne bringt, der nicht dazu gehört, so war's geschafft. Also nutzt die wenigen Tage, denn es laufen noch viele Herr und Frau Rottebohms herum, und wenn sie sagt, sie geht hin und stimmt mit „Ja“ und ihr Mann auch, dann darfst du dich nicht etwa zur Ruhe legen und denken, deine Arbeit sei getan, denn erstens, weißt du nicht, ob sie's auch tut und zweitens, wer sagt dir denn, ob Freund Hinz und Freund Ruz schon ihre Rottebohms gefunden und überzeugt haben? Als ich meine Unterredung mit Frau Rottebohm hatte, da sah ich eigentlich auf Aohlen, denn zu Hause stand ein großer Korb voll Wäsche, die gefast werden mußte, aber ich sagte mir, ach was, die Arbeit läuft dir nicht weg, aber Frau Rottebohm und ihre wichtige Stimme läuft dir weg. Und wenn bestimmt das Essen inzwischen angebrannt wäre, ich hätte es diesmal ruhig geschehen lassen. Bis zum 20. Juni heißt es mehr denn je: „Erst der Staat, dann die Familie“. Nutzt die kurze Spanne Zeit, die uns noch bleibt bis zur letzten Minute!

Das Drama einer gemütlichen Rebellion.

Das war ein merkwürdiger Abend, gestern. Im Theater am Bülowplatz fand die Uraufführung der Komödie „Der hübsche Michel“ von Fritz Savenhagen zum Gedächtnis des in jungen Jahren verstorbenen Hamburger Dichters statt. Das Drama behandelt in der bühnenden Gegenständlichkeit des Naturalismus die Rebellion medienburgischer Bauern gegen die Anmaßung, Brutalität und Begehrlichkeit fürstlicher Feudalherren. Also ein Stoff, der in diesen Kampftagen des Volkentscheides mehr als aktuell ist. Mit bewundernswürdiger Beherrschung der Bühnennittel ist die erste Hälfte des Schauspiels gestaltet. Der junge Graf tritt die Gutsherrschaft mit einem lärmenden Fest für seine Kumpane und seine Bauern an. Das ist die stärkste Szene des „Hübschen Michel“. Aus dem Fest wird ein wüstes Gelage: Worte hin, Worte her. Der Gegensatz zwischen Herren und Knechten flammt auf. An der Halsstarrigkeit und am Herrscherwillen des Grafen scheitert jede Verständigung. Der unterirdisch sabelnde Haß der belächelten Bauern wächst zu heller Empörung. Hier hat Savenhagen großes Theater geschaffen, bei dem das Herz aufgeht, voller Spannung und mit erlebnishafter Kraft revolutionärer Geladenheit. Aber die flammende Rebellion geht aus wie das Hornberger Schießen. Das Drama löst nicht den Konflikt, es gibt keine Sieger und Besiegte, es gibt nur ein albernes Schelmenspiel. Der Graf stellt sich tot, läßt einen Wandermusikanten an seiner Statt mit gräßlichen Ehren begraben und jagt in einem schnell aufgeblähten Raiperttheater den Bauern die Wahrheit, worauf sie scheinbar befriedigt von dannen ziehen.

Der Regisseur Erwin Kaiser fand sich mit seiner schwierigen Aufgabe prächtig ab. Es gab bunte Bilder voll blutvoller Lebendigkeit und wohlgestimmte Schauspielereinstellungen. Ernst Karchow spielte den leichtsinnigen herrschaftlichen Grafen mit der Kunst, die wir bei ihm stets in solchen Rollen schätzen gelernt haben. Leo Reuß ragte als alter bedächtiger, Bauer und Werner Hollmann als pfiffige Basken des Grafen hervor. In einer kleinen Episode bewunderten wir wieder Armin Schweiker, dem man endlich größere Aufgaben zuteilen sollte. Der Beifall war außerordentlich stark. Der Regisseur Kaiser konnte sich mehrfach an der Rampe zeigen. Ernst Degner.

Kunstausstellung Neufün. Die neue Ausstellung der Volkstümlichen Kunstschau wurde heute in den Räumen des Barenhauses 5, Joseph u. Co. (Berliner Straße) eröffnet. Der Eintritt ist frei.

Siedlungswettbewerb. Die Siedlungsgesellschaft Breslau schreibt für die Bekanntschaft des Landes vor der Siedlung Büchel ein Wettbewerb mit Preis bis zum 1. August aus. In Breslau sind ausgesetzt: Ein 1. Preis von 5000 M.; ein 2. Preis von 4000 M. und ein 3. Preis von 3000 M. Ausserdem sollen acht weitere Vorentwürfe zum Preise von je 1000 M. angefertigt werden.

Dr. mim. Die staatliche Schauspielschule Meherbold in Ros-la u. hat von der Sowjetregierung den Charakter einer Hochschule und die Berechtigung erhalten, den Schülern nach erfolgreicher Abgangsprüfung das Doktordiplom zu verliehen.

In den Räumen der „Werkreunde“, Volksamer Straße 104, werden vom 21. bis 30. Juni Werke von Otilie Kollmitz, Peter Paul Rohlfeld, Jolua Haupp und Ursula Desmal gezeigt. Gedruckt vertrieben von 8 bis 7 Uhr.

Gegen neuen Zollwucher! Eingabe der Gewerkschaften.

Die fünf Spitzenorganisationen der Gewerkschaften, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der A. F. B. und, der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Gewerkschaftsring der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände haben am 18. Juni an die Reichsregierung und den Reichstag die nachfolgende Eingabe über die Verlängerung der Zollerhöhungen gerichtet:

Nach dem § 6 des Gesetzes über Zollerhöhungen vom 17. August 1925 sind für die wichtigsten Lebensmittel ermäßigte Zollsätze bis zum 31. Juli d. J. vorgezogen. Nach Ablauf dieser Frist sollen gemäß dem Gesetz die weit höheren autonomen Zollsätze in Kraft treten, soweit nicht durch Handelsverträge geringere Sätze für einzelne Positionen vereinbart worden sind.

Der § 6 des Gesetzes hatte den Zweck, die volle Auswirkung der Zölle auf die Preisgestaltung nur allmählich und in einer wirtschaftlich günstigeren Zeit herbeizuführen.

Diese wirtschaftlich günstigere Lage ist aber zurzeit angesichts der seit mehr als einem halben Jahr vorhandenen Wirtschaftskrise nicht gegeben. Die Zahl der erwerbslosen Hauptunterstützungsempfänger hat sich seit der Zeit, wo das Zollgesetz beschlossen wurde, fast verdreifacht, die Zahl der Kurzarbeiter verdreifacht. Infolge dessen ist die Kaufkraft der beschlossenen Verbrauchergruppen massenvermehrt geschwächt, daß die höheren Zölle eine für die ärmste Bevölkerung weitere Belastung darstellen würden, die in der Tat unerträglich wäre.

Es kommt hinzu, daß gerade in den Sommermonaten der Viehauftrieb nachläßt, daß ferner jenes die Preise günstig beeinflussende Kontingent zollfreier Gefrierfleischs bereits fast völlig aufgebraucht worden ist. Aus diesen beiden Tatsachen ergibt sich ohnehin die Gefahr einer preissteigernden Wirkung. Auch die Getreidepreise pflegen um diese Jahreszeit merklich in die Höhe zu gehen.

Schon jetzt haben Preiserhöhungen landwirtschaftlicher Produkte allgemein eingesetzt, während die Industriepreise ständig sinken, diese gegensätzliche Bewegung ist bereits soweit gediehen, daß die Reizzahlen des Statistischen Reichsamtes für die Großhandelspreise die Schließung der „Preisschere“ anzeigen.

Das Gesetz über Zollerhöhungen galt übrigens nur als vorläufige Regelung und weite Kreise des deutschen Volkes waren der Annahme, daß im Wege des Abschlusses von Handelsverträgen eine spürbare Herabsetzung der Lebensmittelpreise alsbald erfolgen werde. Das ist bisher nicht geschehen.

Alle diese Tatsachen, in deren Vordergrund die Not des arbeitenden Volkes steht, veranlassen die unterzeichneten Spitzenverbände, an die Reichsregierung und den Reichstag das dringliche Ersuchen zu richten, die bis zum 31. Juli 1926 gesetzlich festgelegten Zollerhöhungen mindestens für weitere vier Monate in Gültigkeit zu lassen.

Das „Burgfriedensministerium“ gescheitert. Briand hat den Plan aufgegeben.

Paris, 18. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der gestrige dritte Tag der Ministerkette hat mit einem negativen Ergebnis für Briand geendet. Sämtliche Besprechungen, die er mit politischen Persönlichkeiten im Laufe des gestrigen Tages gehabt hat, haben ihn von der Unmöglichkeit überzeugt, seinen zuerst gefaßten Plan der Bildung eines Ministeriums der „Nationalen Einheit“ durchzuführen. Briand hat einsehen müssen, daß die besonders von reaktionären Blättern lancierte Möglichkeit eines Ministeriums der „Nationalen Einheit“ in Wirklichkeit ein stark rechts gerichtetes Ministerium bedeuten würde. Angesichts der sofortigen Abgabe des Sozialisten und der im Laufe des gestrigen Tages erfolgten Ablehnung Herriots hat Briand diesen Plan aufgeben müssen.

Der „Quotidien“ bemerkt heute früh, Briand habe selbst von vornherein nicht an das Gelingen dieses Experiments geglaubt und erklärt mit Recht, daß im Falle der Verwirklichung dieser Kombination starke Meinungsverschiedenheiten über die Finanzpolitik und über die auswärtige Politik die Folge sein müssen. Auch Briand hat Journalisten gegenüber im Laufe des gestrigen Tages mitgeteilt, daß sein Plan des Ministeriums der „Nationalen Einheit“ aufgegeben sei und er sich darauf beschränken werde, ein Ministerium „breitester politischer Konzentration“ zusammenzustellen. Von diesem Augenblick ab werten sich für Briand neue Schwierigkeiten in der Personenfrage auf.

Herriot lehnt den Eintritt ab.

Paris, 18. Juni. (A. F. B.) Heute vormittag fand unter dem Vorsitz des Kammerpräsidenten Herriot eine Vorstandssitzung der Radikalen Partei statt, nach deren Beendigung erklärt wurde, Herriot werde sich zum Ministerpräsidenten begeben, um das Angebot, in das Kabinett einzutreten, abzulehnen. Eine Erklärung der Radikalen Partei soll hierüber veröffentlicht werden.

Briand hat heute vormittag zehn Uhr seine Besprechung wieder aufgenommen. Er empfing zuerst Poincaré.

Der Verfassungskampf in Polen.

Moscicki droht mit dem Rücktritt.

Warschau, 17. Juni. (A. F. B.) Wie in Regierungskreisen verlautet, wird Präsident Moscicki zurücktreten, wenn der Vorschlag zur Aenderung der Verfassung von den gesetzgebenden Körperschaften nicht angenommen werden sollte. Auch der Sejm-Vorsitzende, Katal, erklärte heute noch einmal ganz entschieden, daß er zurücktreten werde.

Fürstliche Hoch- und Landesverräter.

Bismarck schrieb in den „Preussischen Jahrbüchern“ (1886): „Jede Dynastie, ob groß oder klein, widerstrebt einer gemeinsamen, die Einzelrechte beschränkenden Einrichtung und sucht in dem Chaos sich zu erhalten und ihren Besitz zu mehren, so gut sie konnte, indem sie in Zeiten der Not ein Unterkommen suchte, wo es sich finden ließ, wenn es auch bei dem schlimmsten Räuber an deutschem Gut und deutscher Ehre war.“

Doch noch Veröhnung Lloyd George—Lord Oxford? Die Schrestagung der Liberalen in Weston-Super-Mare hat eine Entscheidung angenommen, die das Vertrauen in die Führerschaft von Asquith-Oxford ausspricht, aber ausdrücklich eine Rüge für Lloyd George ablehnt. Die meisten Redner setzten sich für eine Veröhnung zwischen den beiden Führern ein.

Die Toten reden!

Aus dem Portal des Krematoriumsfriedhofs tritt eine auf den ersten Blick lässlichen Charakter verrärende Frau. In der Hand trägt sie fest und sicher einen Schatz, eine **Wachtelkapsel**, mit dem Auftrage, diese noch am gleichen Tage bei der Friedhofsverwaltung ihres hinter den Grenzen Groß-Berlins gelegenen Heimatdorfes zur Belegung in Mutter Erde abzuliefern. Aus den sinnenden, frühzeitig gaskierten Zügen der Frau spricht fast mehr Trost und Härte als Trauer. Die Asche in der Kapsel — das ist alles, was von dem Lebensgefährten übrig blieb. Ich kenne die Frau und ich kenne die Geschichte des Mannes, der nur noch ein Häuflein Asche ist. Eine Geschichte wie hunderttausend andere. Gestorben an den Folgen des Weltkrieges, an den zerhackten Knochen und dem Rheumatismus, der bis zum Herzen fraß und es zum Stillstand brachte. Wie hat er sich gefreut auf den 20. Juni, auf den Tag der Abrechnung! Ein einfacher Sprech vom Lande war er, ausreicht und gestinnungsreich, ohne Furcht vor den reaktionären Umtrieben dörslicher Hohlköpfe. Zeigt mir doch einen einzigen von all den Großen, die in uns nur Kanonenfutter sahen, hatte er so oft gesagt, einen einzigen nur, der gleich mir und einem Heer anderer Kriegsbeschädigter leidet! Da führte sie alle ein Wohlleben in vornehmen Stadtwohnungen, auf Gütern und Schlössern, da schlägt dem kaiserlichen Defektor, der die Kriegsartikeln nur für den gemeinen Soldaten kannte, in der Freude an seinen Millionen noch nicht einmal das Gewissen, weil er feins hat. Wer diesem Manne und seiner Sippe auf Kosten des leidenden Volkes neue Millionen unerdient in den gierigen Taschen wirft, ist vom Stamme Rastle wie er selbst oder hat einen unheilbaren Klaps. Gibt es denn da unter Menschen mit fünf gesunden Sinnen überhaupt noch etwas zum Streiten? Rechts- und Moralbegriffe werden hier zu Phrasen. Nur einer, der sich am eigenen Rockzipfel aufhängen will, kann mit Rein stimmen oder in Nachahmung der Feigheit des schlechtesten Deutschen sich der Stimmpflicht entziehen. . . . Der Mund ist verstummt, der Kasgeier des Krieges hat ein neues Opfer geholt. Die bereite Sprache lebt fort, lebt aus Grüften und Aschenkapseln. Die Geister der Millionen, die Hab und Gut und Leben hingeben mußten für den Kriegswahnsinn, für die unerfäßliche Habgier der Fürstengeschlechter, verlangen drohend und gebieterisch: **Wacht diese Schmarotzer am Volksmark nicht um einen Pfennig reicher!**

Ueber drei Millionen.

Starke Vermehrung der Stimmberechtigten in Berlin.

Nach den jetzt bei dem Wahlzentralamt in Berlin von den einzelnen Bezirksämtern eingegangenen Nachrichten der Stimmberechtigten, sind 3 091 000 Stimmberechtigte vorhanden, dieses ist jedoch die rund angenommene Zahl, welche zur Beforgung der Stimmzettel angegeben ist; gewöhnlich ist diese Zahl um 20 000 bis 30 000 Stimmen zu hoch angegeben. Rechnet man nun sehr gut eine Erhöhung von 30 000, so bleiben nach den amtlichen Feststellungen immerhin 3 061 000 Wahlberechtigte übrig. Bei der Präsidentenwahl im ersten Wahlgang, waren 2 954 380 Wahlberechtigte verzeichnet, bei der Stichwahl hatte sich die Ziffer weiter auf 13 846 Stimmen erhöht und betrug die Zahl der Wahlberechtigten 2 968 226. Nach diesen amtlichen Ziffern hätte sich die Zahl der Stimmberechtigten um 92 774 wahlfähige Personen seit der Präsidentenwahl erhöht. Wie gleich bemerkt wird, sind hierbei die Beanstandungen der Listenentwürfen noch nicht berücksichtigt, die aber an der allgemeinen Summe auch nicht viel ändern können. Sogar in dem Bezirk Tiergarten, aus dem die genauen Zahlen bei dem Wahlzentralamt vorliegen, sind 7862 mehr Wahlberechtigte als bei der Präsidentenwahl vorhanden.

Das Unglück auf dem Wannsee.

Zwei andere Tote gefunden.

Gestern nachmittag veranstaltete die Kriminalpolizei noch einmal einen Lokaltersuchung auf dem Wannsee. Augenzeugen, die vom Lande und vom Wasser die Vorgänge beobachtet hatten, waren herausgebeten worden. Einwandfrei wurde festgestellt, daß das Boot, von dem die Kinder abprangen, zwischen dem Nordsteg und dem Freibad Wannsee etwa 60 Meter vom Lande entfernt lag.

Diese wertvollste Befundung machte ein Herr, dessen Hausboot in unmittelbarer Nähe der Unglücksstelle lag. Nach seiner Meinung mußten die Kinder, als er ins Wasser sprang, ein Unwohlsein befallen haben, da er keine Schwimmbewegungen machte. Er war auch der erste, der von seinem Boot aus Rettungsversuche unternahm. Der ertrunkene Knabe ist trotz allen Suchens bis jetzt noch nicht gefunden worden. Er war mit einem Hemd, einer leichten Hose und Bluse und mit Strümpfen bekleidet. Durch die Nachsuche des Wasserhutes wurden gestern aber zwei andere Leichen geborgen. Der eine ist ein 20 Jahre alter Otto Kast, der am 30. Mai beim Baden ertrunken war. Der andere Tote ist noch unbekannt. Er ist etwa 15 bis 17 Jahre alt, 1,62 Meter groß, hat hellblondes Haar und war nur mit einer Manchesterhose und Stutzen bekleidet. Während des heutigen Vormittags fanden auf dem Polizeiamt noch einige Zeugenvernehmungen statt. Die kriminalpolizeilichen Untersuchungen werden noch heute abend zum Abschluß gelangen. Das Material wird zur Sichtung der Staatsanwaltschaft III überwiesen werden, von wo aus dann Anklage gegen die Schuldigen erhoben wird.

Rote und schwarzrotgoldene Fahnen sind in der Fahnenvertriebsstelle der Partei, Berlin, Lindenstr. 3, 2. Hof links, 2 Treppen, Zimmer 11 (Jugendsekretariat) zu haben. Geöffnet heute, Freitag und morgen, Sonnabend, bis 7 Uhr.

Diebstahl im Völkerkundemuseum. Museumsdiebe arbeiteten mit Erfolg im Museum für Völkerkunde in der Prinz-Albrecht-Straße. In der asiatischen Abteilung stahlen sie ein japanisches Rollbild, das aus der Caro-Schule im 17. Jahrhundert stammt. Das auf Papier gemalte zarte Lustbild ist 77 Zentimeter hoch, 27 Zentimeter breit und oben und unten durch einen Rundstab abgeschlossen. Es stellt einen vom Pferde fallenden Priester dar und trägt auf der Rückseite einen roten Stempel mit chinesischen Schriftzeichen. Der Wert wird auf mehr als 1000 R. beziffert. Die Diebe haben das Bild von der Wand abgehängt und es verstanden, es unbemerkt aus dem Gebäude herauszuschaffen. Erst nach Schluß des Museums wurde das Fehlen von den Aufsehern entdeckt. Vor Ankauf des Bildes wird gewarnt. Mitteilungen über sein Auffinden erbittet Kriminalkommissar Trettin im Polizeipräsidium.

Der Selbstmörder vom Belle-Alliance-Platz festgesetzt. Wie wir gestern berichteten, wurde auf einer Bank auf dem Belle-Alliance-Platz ein Mann tot aufgefunden, der sich mit Sirachin vergiftet hatte. Er wurde jetzt festgesetzt als ein 45 Jahre alter, aus Templin gebürtiger Lithograph Otto Hartwig aus der Billibald-Alexis-Straße. Aus welchen Gründen der Mann Hand an sich gelegt hat, ist unbekannt.

Der „Schuhverband geschädigter Auslandsdeutscher“, der sich einzig und allein nur mit der Entschädigungsfrage befaßt, bittet alle Geschädigten, schriftlich ihre Adresse an die Geschäftsstelle Herrn Aug. Trapp, Berlin-Schöneberg, Klitzstraße 3, umgehend angeben zu wollen, damit sie über den Stand der weiteren Schritte in der Entschädigungsfrage rechtzeitig unterrichtet werden können.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Für Volk und Recht!

Die Brüder Sozialdemokraten hatten gestern ihren großen Tag im Kampf gegen das fürstliche Raubgesindel. Ein gewaltiger Propagandazug mit zahlreichen drahtlosen Plakaten, vielen roten und schwarzrotgoldenen Fahnen, sowie zwei Musikkapellen brachte den Anwohnern von Brich die eminente Wichtigkeit des 20. Juni als Entscheidungstag zwischen Republik und Monarchie nochmals mahnend in Erinnerung. Jugend und Reichsbanner beteiligten sich vollständig an dem überaus wirksamen Werbezug, auch die Kommunisten hatten sich angeschlossen. Im überfüllten großen Saal von Radobog's Festsaal in der Chausseestraße versammelten sich etwa 2000 Personen, zu denen Genosse Wilhelm Landa, oft von stürmischem Beifall unterbrochen, sprach. Mit einer Schöniant-Rezitation des Genossen Schamajow und einem begeisterten Hoch auf die Republik und den Sozialismus fand die Kundgebung ihren Abschluß.

Im Schloß Weihenstephan hatten sich wohl über 1000 Personen versammelt. Am Eingang drängten sich die Massen, die keinen Platz finden konnten. Genosse Künzler zeigte als Referent, wie wenig die früheren Fürsten ein Recht haben, heute Forderungen an den Staat zu stellen. Der oberste Kriegsherr hat das Vaterland in der Stunde der Not selbe im Stich gelassen. Während des Krieges sind viele Soldaten angefallen wegen Meuterei und Fahnenflucht erschossen oder zu schweren Kerkerstrafen verurteilt worden. Wilhelm II. ist auch gestochen, und er besitzt jetzt die Dreistigkeit, vom deutschen Volke dafür Milliarden zu fordern. Und uns, die wir diesen Raub am Volksgut abwehren wollen, wirft man vor, wir verstößen gegen die Befehle der Moral. Das Volk wird die entschuldigungslose Enteignung durchzuführen, und dabei ist nicht nur die Moral auf seiner Seite, sondern auch das Recht. Während der Rede kam es oft zu stürmischen Beifallskundgebungen.

Die Genossen des Bezirks Kreuzberg veranstalteten am Donnerstagabend gemeinsam mit dem Reichsbanner einen Propagandazug für den Volkenscheid. Um 7 Uhr abends setzte sich der viele Tausende umfassende Zug unter Borantritt des Reichsbanners in Bewegung. Zu beiden Seiten der Straßen standen dichte Reihen Spalier. Schwarzrotgoldene und rote Fahnen wehten über den Demonstranten. Eine große Menge von Plakaten wurden im Zug mitgeführt. Ein mit dem Kaiserkronekranz ausgerüsteter Genosse in Uniform trug ein riesiges schwarzes Holzkreuz, gekrönt von einem grünen Totenkopf mit Soldatenmütze. Ein Plakat am Kreuz trug die Aufschrift: „3 Milliarden Goldmark an die Fürsten für 2 Millionen Tote.“ Ein Polizeioffizier bestand darauf, daß der Totenkopf entfernt wurde. Besondere Aufsehen erregte ein Wagen, auf dem neben dem Reiter der schlafende deutsche Michel saß. Zwei Gruppen auf dem Wagen gaben trefflichen Anschauungsunterricht. An einem roten Tisch sah man einen Kriegsoverlehten mit Frau und Kind, auf dem Tisch einen Teller mit Hering und Kartoffeln. Das Plakat daneben verurteilte: „Wir haben Hunger!“ Am anderen Ende des Wagens stand ein üppig beladener weißgedeckter Tisch. Hier hatte einer der abfindungshungrigen Fürsten mit einem weiblichen Wesen Platz genommen. Eine Aufschrift daneben verurteilte: „So leben wir von den Milliarden des Volkes!“ Eine kurze Ansprache des Genossen Fechenbach beendete diese wichtige Kundgebung.

In der Aula des Gymnasiums im Grunewald in der Caspar-Theib-Straße sprach Genosse Regierungsrat Richard Joachim vom Arbeitsministerium vom juristischen Standpunkt aus über die rechtlichen Forderungen der Fürstenteignung. In hochinteressantem, jedem Laien verständlichem Vortrag zeigte er klar und eindeutig den Unterschied zwischen Privatrecht und Staatsrecht auseinander, bemies an der Geschichte, daß es als Fürst, bevor man eine Verfassung hatten, sehr einfach war, „Privateigentum“ sich anzueignen, da ja der König sein eigener Gesetzgeber durch „Kabinettsorder“ war. Auf welche Weise die hohenzollern ihr „Privateigentum“ durch Kabinettsorder sich erworben haben, zeigt so recht deutlich, daß der erste Knecht, der Burggraf von Nürnberg, arm wie eine Kirchenmaus nach Brandenburg kam, um mit Wilhelm II. dem letzten glorreichen Regenten, der über 19 1/2 Millionen R. „Zivilliste“ verfügte, Reichthum zu nehmen! Das Fürsten im staatsrechtlichen, nicht privatrechtlichen Verhältnis stehen, hat wohl am besten der große Bismarck bei der Einziehung Hannovers bewiesen. Ueber die Enteignung des letzten Kaisers gab es kein Kopfzerbrechen, denn er fällt wie der Kronprinz unter das Militärstrafgesetz, demzufolge Fahnenflucht mit dem Tode und Einziehung des Vermögens bestraft wird. Die hungenbergische Presse hat wahrlich keine Berechtigung, über „Recht und Wahrheit“ diskutieren zu wollen, denn gerade aus rechtlicher Ueberlegung will ja das Volk das Fürstenteignungsgesetz schaffen. Reicher Beifall lohnte die hervorragenden überzeugenden Ausführungen des sachmännischen Referenten.

In einer sehr stark besuchten Versammlung der 8. Abteilung Tiergarten sprach der Genosse Rosen. Mit hinreichenden Worten zeichnete er das Bild der Gegenwart; der Kräfte, die sich dem Volksentscheid entgegenstellen, angefangen vom Aufzug des Grafen Westarp über die Studentenkundgebung in Hannover, Aufzug der deutschen Bischöfe, der Justiz, der Reichswehr, der Presse, bis zum Parteien und Spießbürger. Zustimmung wurde ihm bei Behandlung der Frage, daß die Schlösser der Fürsten zu Erhaltungshelme für unsere flecken und tranken Kinder benutzt werden sollen. Die Versammlung nahm einen glänzenden Verlauf.

Im dichtgedrängten Saal des Schiller-Gymnasiums in Charlottenburg sprach Genossin Todenhagen zum Volkenscheid. Der Ausgangspunkt dieser Kundgebung ist natürlich in unserer großen wirtschaftlichen Lage zu suchen und gerade darum müssen wir all unsere Kraft daran setzen, den Kampf siegreich durchzuführen. Mit treffenden Worten kennzeichnete die Rednerin die Begehrtheit der Fürsten und fand mit ihren Ausführungen den stürmischen Beifall der Versammelten.

In Mariendorf war der Riesensaal bei Gracht bis auf den letzten Stehplatz gefüllt, die Versammelten hörten mit großem Interesse die Ausführungen des Genossen Otto Meier an. Kampfgänge des Volkshors Tempelhof-Mariendorf umrahmten die Rede. Vor der Versammlung veranstaltete das Reichsbanner einen Demonstrationsumzug durch Mariendorf, der von der Bevölkerung jubelnd begrüßt wurde.

In Kaulsdorf hatte die Kundgebung einen Umfang angenommen, wie ihn Kaulsdorf bisher noch nicht erlebt hatte. Eingeleitet wurde die Kundgebung durch einen Umzug des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und des Landwachtbundes „Lunge Republik“. Die Ausführungen des Redners Wähld wurden häufig von Beifallskundgebungen unterbrochen.

In Tempels Festsaal in Friedrichsfelde sprach Genosse Adolph Hoffmann unter allgemeinem Beifall über „Die von Gottes Gnaden“. Der Saal war überfüllt, die Stimmung der Versammelten ließ die besten Hoffnungen auf das Gelingen des Volkenscheids auskommen.

Auch in Bernau fand am Donnerstag ein großer Demonstrationsumzug statt. Annähernd 3000 Wähler waren dem Rufe der Sozialdemokratie gefolgt, um auf dem Marktplatz gegen die Schamlosigkeit der Fürstenforderungen zu protestieren. Der Redner, Genosse Kurt Heintz, brandmarkte in treffenden Worten die brüchige Moral unserer Fürstendiener. Die Aufforderungen des Vorsitzenden, am Sonntag unter der Parole „Ja“ zu stimmen, fand stürmischen Beifall. Ein Hoch auf die Republik und ein gewaltiger Umzug beendete die eindrucksvolle Kundgebung.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

5. Kreis Friedrichshagen: Die Abteilungsleiter rechnen 7/8, wie beschlossene am 19. Juni für den Volkenscheid am Sonntag, den 19. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, mit dem Kreisleiter und zwar bei Schmidt, Fruchtstr. 30a, v. u. n. l. 4.

11. Abt. Die Bezirksleiter rechnen die Wahlzeiten und die Sammelstellen am Sonntag, den 19. Juni im Sonntag mit dem Kreisleiter ab.

14. Abt. Kreis, Freitag, abends 8 Uhr, wichtiger Flugblätterverteilung bei Kohn, Sudener Str. 12. — Ein solches Flugblatt müssen unbedingt empfangen.

Gewerkschaftsbewegung

Die Eisenbahner stimmen mit Ja.

Betriebsrätevollversammlung des Einheitsverbandes.

Eine äußerst stark besuchte Betriebsrätevollversammlung des Einheitsverbandes der Eisenbahner fand am Dienstag in den „Rustler-Festhallen“ statt. Aus dem dort gegebenen Bericht geht hervor, daß auch im vergangenen Jahr die Reichsbahn-Gesellschaft auf der ganzen Linie bestrebt war, die den Betriebsräten zustehenden Rechte zu schmälern. Und nicht wenig mußte der Personal-abbau herhalten, um mißliebigen Betriebsräten zu Leibe zu gehen. Leider findet sich kaum eine Instanz, die diesem Spiel entgegentritt. Es mußten alle Kräfte der Organisation angepannt werden, um hier einigermaßen entgegenzuwirken.

Deshalb ist der diesjährige Ausgang der Betriebsrätewahl erfreulich, gelang es doch dadurch

wieder eine breitere Abwehrfront

zu schaffen. Einmal sind es über 9600 Eisenbahner, die im Bereich der Berliner Ortsgruppe für den Einheitsverband stimmten und von den rund 600 amtierenden Betriebsräten sind 450 Mitglieder des Einheitsverbandes. Der Rest verteilt sich auf die anderen Organisationen, wobei erwähnt werden muß, daß 77 von ihnen gar nicht organisiert sind. Diese behauerliche Erscheinung gilt es auszumerzen. Appelliert wurde noch an die reiflose Unterstützung sämtlicher Kollegen, damit es möglichst rasch gellange, die in den Zeiten organisatorischer Schwäche erlittenen Verluste wieder aufzuholen.

Aus den anderen Beratungsgegenständen sei noch besonders hervorgehoben die Stellungnahme zum bevorstehenden Volksentscheid. Dazu wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die am Dienstag, den 15. Juni, in den „Rustler-Festhallen“ versammelten Betriebsräte des Einheitsverbandes fordern alle Eisenbahnarbeiter und -beamten auf, sich am Sonntag, den 20. Juni, restlos an der Abstimmung für den Volksentscheid für Enteignung der Fürsten zu beteiligen. 20 Pfg. zahlen die Unternehmer pro Kopf der in ihrem Betriebe beschäftigten Arbeiter zur Unterdrückung des Volksentscheides. Damit muß allen Arbeitern der wahre Sinn dieses Widerstandes klar werden. Völlige Knechtschaft der Arbeitnehmer ist die Lösung und darum muß jeder Eisenbahner mit Ja stimmen.“

Die Versammlung fordert ganz besonders von den am Entscheidungstage im Dienst befindlichen Kollegen, daß auch sie von ihrem Abstimmungsrecht Gebrauch machen. Die Verwaltung muß diensttuenden Kollegen, Beamten sowohl wie Arbeitern, Urlaub zur Abstimmung geben.

Mit der Aufforderung, alle Kräfte einzusetzen, um sämtliche Eisenbahner für die freie Gewerkschaft zu gewinnen, wurde die Versammlung geschlossen.

Wie uns vom Einheitsverband der Eisenbahner mitgeteilt wird, soll den Eisenbahner zum Volksentscheid ebenso freie Zeit gewährt werden, wie zu Reichstagswahlen. § 19 des Lokalarbeitsvertrages soll sinngemäß angewandt werden. Der Einheitsverband empfiehlt den Eisenbahner, die außerhalb ihres Wohnortes Dienst leisten müssen, sich einen Stimmzettel zu besorgen, damit der Zeitsausfall auf ein Mindestmaß herabgedrückt wird.

Der Streik der Stoffdrucker.

Der Streik bei der Firma Walter Haendel u. Co. wird mit aller Schärfe weiter geführt. Der Nordostdeutsche Textil- und Bekleidungsarbeiterverband hat sich rechtlich bemüht, eine Ausperrung

bei sämtlichen Stoffdruckereien zu erzielen, jedoch vergeblich. Die Firma gibt sich die größte Mühe, die Drucker zur Streikarbeit zu bewegen, wozu ihr jedes Mittel gut genug scheint. Gleich nach Streikausbruch erschien im Betrieb ein Anschlag, wonach die Firma alle Schritte unternommen hat, um „Terrormaßnahmen“ zu verhindern. Für ausreichenden Schutz der Streikbrecher sei gesorgt.

Die Firma hat stets die niedrigsten Löhne gezahlt, während sie jetzt sogar Mittagessen gratis liefert. Obdachlose können auch Nachtquartier im Betrieb haben, außerdem täglich ein paar Autofahrten, alles auf Geschäftskosten. Die Stoffdruckerei muß also ganz schöne Gewinne abwerfen. Die Firma versucht auch die Polizei ihren Dienst zu zwingen, und verlangt eine mehrwöchige Schließung des Streiklokals. Der Syndikus Dr. Radigell hat vom Amtsgericht Berlin-Weißensee eine einstweilige Verfügung erwirkt, die den Streikenden untersagt, in irgend einer Weise die Fortsetzung der Arbeit bei der Antragsstellerin zu verhindern, insbesondere Arbeitswillige von der Fortsetzung bzw. Wiederaufnahme ihrer Arbeit durch Gewalt oder Drohung abzuhalten, und Arbeitswillige bei dem Auffuchen ihrer Arbeitsstelle oder deren Verlasser zu belästigen.

Diese Verfügung wurde sämtlichen Streikenden persönlich zugestellt. Aber nicht ein Streikbrecher hat sich gefunden. Das ist für die Firma und ihre Kundschaft sehr fatal. Die Firma kann aber sofort eine Beendigung des Streiks haben, wenn sie über die durchaus berechtigten Forderungen der Streikenden, ehrlich, ohne Hintelzüge verhandelt. Bis dahin wird der Streik weitergeführt bis zum endgültigen Sieg, geführt auf das gute Organisationsverhältnis und auf die vorzügliche Solidarität der Stoffdrucker.

„Lohnbetrug an den Wachangestellten.“

Zu der mit dieser Ueberschrift versehenen Veröffentlichung in Nr. 274a des „Vorwärts“ sendet uns die Wachgesellschaft für Berlin und Nachbarorte eine Berichtigung.

„Wir versuchen nicht systematisch, die Arbeitnehmer unter den tarifvertraglich festgelegten Lohnlöhnen zu beschäftigen, sondern entlohnen unsere Belegschaft grundsätzlich nach den Sätzen des Tarifvertrages. Von diesem Grundsatz werden geringe, durch die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse einiger Auftraggeber begründete Ausnahmen gemacht.“

Rechtsanwalt Hanel hat nicht in dem von Ihnen vorgelegten Fall behauptet, daß das Verhalten des Wächters an Betrug grenze, sondern hat dies von einem wie folgt liegenden Fall behauptet: Ein Wächter, der eine Wachstelle inne hatte, auf der er Tariflohn erhielt, trat an uns mit der Bitte heran, ihm eine bestimmte andere Wachstelle zu geben. Er wurde darauf hingewiesen, daß diese Wachstelle für ihn nicht in Frage kommen würde, da für diesen Posten Tariflohn nicht bezahlt werde. Der Wächter erklärte darauf, daß er gern zu dem ihm genannten Satz auf dem von ihm gewünschten Posten Dienst tun würde, und hat erneut um den betreffenden Posten. Es wurde eine diesbezügliche schriftliche Vereinbarung getroffen und der Wunsch des Wächters erfüllt. Mehrere Wochen danach reichte der Wächter die Klage auf Zahlung des Differenzbetrages ein.“

Die Ankündigung, daß der Geschäftsführer der Wachgesellschaft und diese selbst uns „strafrechtlich zur Verantwortung ziehen“, gehört zwar nicht zu der Berichtigung, doch sei sie hier mit verzeichnet. Der Wachgesellschaft für Berlin und Nachbarorte und ihrem Herrn Geschäftsführer dürfte bekannt sein, daß ein allgemein verbindlich erklärter Tarifvertrag ausnahmslos innewohnen ist, unbeschadet irgendwelcher Grundzüge eines Tarifkontraktes und der Ausnahmen, die er mit seinem besonderen Grundgesetz verträglich hält. Von den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen werden die Angestellten in erster Linie betroffen. Der Schutz, den ihnen ein allgemeiner verbindlicher Tarifvertrag bietet, würde beseitigt, wenn ein Arbeitgeber nach Belieben besondere Posten schaffen und dekretieren könnte: für diese Posten wird kein Tariflohn bezahlt. So geht es nicht, und daran kann keine Berichtigung etwas ändern.

Wie die Kommunisten Einheitsfront machen.

Von der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes erhalten wir nachfolgende Mitteilung:

In der Donnerstagsausgabe der „Roten Fahne“ ist der von der Ortsverwaltung Berlin verfaßte Aufruf zur Beteiligung an der Wahlhilfe der politisch unorganisierten Metallarbeiter enthalten. Die „Rote Fahne“ hat nachstehende Bemerkung an diese Aufforderung geknüpft:

„Die Ortsverwaltung hat demnach, entgegen ihrer ablehnenden Haltung auf der Generalversammlung eingesehen, daß die Kommunisten mit ihrem Verlangen recht hatten. Wir freuen uns über diese Einsicht.“

Diese Behauptung ist b e w u ß t u n w a h r. — Bei dem Dringlichkeitsantrag auf der Generalversammlung hat Genosse Ziska im Auftrage der Ortsverwaltung erklärt, daß die Verwaltung bereits den Entschluß gefaßt hat, in einem besonderen Aufruf sich an die politisch unorganisierten Metallarbeiter zu wenden, um sie zur Wahlhilfe für die politischen Arbeiterorganisationen zu veranlassen, mit der sie sympathisieren.

Wenn wir auch daran gewöhnt sind, daß das Sprachrohr der kommunistischen Metallarbeiter, die „Rote Fahne“, der Tätigkeit der Verwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes sowie ihren Veröffentlichungen keine Sympathie entgegenzubringen vermögen, so sollte man von einem Organ, das auf den Ehrentitel „Arbeiterzeitung“ Anspruch erhebt, mindestens erwarten können, daß Wahrhaftigkeit und Objektivität noch zu den Voraussetzungen ihrer journalistischen Tätigkeit gehört. Da dies nicht der Fall ist, ist wieder der Beweis erbracht, wie sehr man in der „Roten Fahne“ befreit ist, die Hemmungen, die der Schaffung einer proletarischen Einheitsfront noch im Wege stehen, beseitigen zu helfen.

Verantwortlich für Inhalt: Ernst Reuter; Wirtschaft: Viktor Colnag; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Redaktion: A. S. Böcher; Lokal- und Sozial: Erik Karstädt; Anzeigen: Ed. Glöck; Vertrieb in Berlin, Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sieder u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

J. Baer Badstraße 26
Ecke Prinzenallee
Spezialhaus für Herren- und Knaben-Bekleidung

Sport-, Sommer- und Berufskleidung
Große Auswahl
Beste Verarbeitung
Allerbilligste Preise

HUNDE
Katzen, Papageien und alle Haustiere werden behandelt.
Tierärztliche Poliklinik
Chausseestraße 93
neben Kriegervereinshaus
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

Gardinen!
Sonderangebote und Gelegenheitskäufe
Künstler-Gardinen... 2.90
Madras-Gardinen... 4.-
Stores... 2.20
1 bettig... 4.-
2 bettig... 6.-

Krause-Pianos
zur Miete
Ansbacher Str. 1.
1. bis 1. Aprilstrasse

Gummi-Mäntel
für Herren, Damen u. Kinder, vorrätig u. nach Maß
Pelzernen, Windjacken, Reparaturen
Spezialgeschäft Weinheber, Berlin a. d. Ortrandstr.

Ischias
in 5 Tagen
schmerzlos
Klein-Klinik
Königsplatz 106, 1-11, 1-4, Sonntag 10-12, Sonntag

Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten A. G.
Berlin S 14, Wallstraße 65
Postcheckkonto Berlin 3898

Breslau I, Margaretenstr. 17 / Hamburg 1, Besenbinderhof 57/59
Postcheckkonto Breslau 414 Postcheckkonto Hamburg 32530

Sparkasse:
Spareinlagen von 1 Mark an zu 5 Proz. mit täglicher Kündigung
Spareinlagen von 1 Mark an zu 6 1/2 Proz. mit monatlicher Kündigung
Spareinlagen v. 500 Mark an zu 7 1/2 Proz. mit vierteljährl. Kündigung

Kassenstunden: 9—3 und 5—7 Uhr „Schließfächer“ Sonnabends: 9—1 Uhr

Weitere Annahmestellen:
Berlin SO: Zigarrengeschäft v. Horsch, Engelauer 24/25, Gewerkschaftshaus.
Berlin N: Zigarrengeschäft von Tietz, Invalidenstr. 124, a. Seetiner Bahn.
Berlin NO: Zigarrengeschäft v. Seidler, Belforter Str. 11.
Berlin-Neukölln: Zigarrengeschäft v. Heil, Thüringer Str. 37. — Zigarrengeschäft v. K. Heinrich, Münchener Str. 19. — Zigarrengeschäft v. Gärtner, Wissmannstr. 14. — Zigarrengeschäft von Nicolaisen, Herrfurthplatz 3.

An den Kassen folgender Verbände:
Zentralverband der Angestellten, SW 61, Belle-Alliance-Str. 7/10.
Zentralverband der Fleischer, O. Zorn-dorfer Str. 32.
Verband der Lebensmittel-, Getränke-arbeiter, C. Mulackstr. 19.
Baubütte Berlin, W. Wilhelmstr. 106.
Verband der deutschen Buchdrucker, Dreibundstr. 5.

Großer Sonder-Verkauf!

Gewaltige Auswahl!

EMMAMILLE

enorm billig!

VERKAUF IM LICHTHOF.

H. Joseph & Co.
NEUKÖLLN * BERLINER STR. * 51-55

Beachten Sie bitte die Preise in unseren Schaufenstern! — mit kleinen Schönheitsfehlern.